

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 16/1488**

Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein

An die  
Mitglieder  
des Finanzausschusses

des Schleswig-Holsteinischen Landtags

23. November 2006

**Betr.:  
51. Sitzung des Finanzausschusses am 23.11.2006,  
TOP 2: Nachschiebeliste**



		2007	2008	Verfahrensstand
	<b>1. Direkte Entlastungen*</b>			
	<b>a) bezifferbar</b>			
1	Kürzung Sonderzuwendungen	8	8	Laufendes Verfahren Landtag
2	Senkung Beiträge Arbeitslosenversicherung	9,2	9,2	Umgesetzt
3	Verlängerung Arbeitszeit	2	2,5	Umgesetzt
4	Standards LNatSchG	1	1	Laufendes Verfahren Landtag
5	Verzicht auf zwingende kommunale Mitfinanzierung der sozialen Wohnraumförderung im Mietwohnungsbereich durch Darlehen (Neubau und Modernisierung),	8	8	Umgesetzt
6	Begrenzte Beteiligung an der Schülerbeförderung (max. 30%)	6	9	Laufendes Verfahren Landtag
7	Übernahme der Lärmkartierung für Kommunen, Einsparung aufgrund von Zentralisierung	0,65	0,65	Umgesetzt
8	Änderung der Vergabeverordnung durch Aufhebung der Anwendungsverpflichtung der VOF unterhalb des Schwellenwertes von 200.000 € (§ 3 Abs. 1 SHVgVO), dabei auch Verzicht auf Anwendung der vergaberechtlichen Bestimmungen bei Beschaffung von Schulbüchern im Umfang von unter 200 T€		1	Laufendes Verfahren Kabinett
9	Aufhebung Mittelstandsförderungsgesetz		1	Laufendes Verfahren Kabinett
10	Optimierung der Aus-, Fort- und Weiterbildung Einsparpotential u. a. eine Leiterstelle (VAB und FHVD), Synergien im Overhead, Kooperation im		1	Gesetzesänderung geplant

	Bereich Fortbildung, Optimierung der Auslastung			
11	Vereinfachung beim Denkmalschutz	0,5	0,5	Prüfung
12	Zahnprophylaxe bei Kindern und Jugendlichen			Prüfung durchgeführt
13	Ausweitung der Möglichkeit, eine Fremdenverkehrsabgabe zu erheben	0,25	0,5	Laufendes Verfahren Kabinett
14	AG SGB XII; pauschale Gewährung von Landeszuschüssen für die Bildung von Arbeitsgemeinschaften auf kommunaler Ebene (Einsparung liegt in den Verwaltungskosten der Gremien, die Land und Kommunen vereinbart haben)	2	2	Umgesetzt
15	Verstärkung der Anforderungen im BFQG a. Streichen der Möglichkeit des Verblockens von Urlaubsansprüchen b. Anspruch auf Bildungsfreistellung nur alle 2 Jahre / 5 Tage c. Auftrag an das MWV, den Kabinettsbeschluss vom 6.2.06 schnellstens abzuarbeiten (Norddeutsche Kooperation; Bündelungen des Anerkennungsverfahrens etc.)	0,7	0,7	Laufendes Verfahren
16	SGB II Fortentwicklungsge setz	10	10	Umgesetzt
17	Bundesbeteiligung an den kommunalen Kosten der Unterkunft für SGB II – LeistungsempfängerInnen (KdU)	ca. 11	ca. 11*	Zustimmungspflichtiger GE des Bundes im BR-Verfahren * ohne Berücksichtigung des Anpassungsmechanismus
18	Bezüge zahlende Stellen einschl. Familienkasse Zusammenführung der			Prüfung

	entsprechenden Einheiten des Landesbesoldungssamtes und der VAK im Sinne des shared service Gedankens. Betrifft die Zahlung der Bezüge, Vergütungen, Löhne, Versorgung sowie des Kindergeldes.			
19	KiTAG/KoTaVO:			Modellversuch vereinbar
20	Mitbestimmungsrecht			Bericht geplant
21	Gleichstellungsbeauftragte In neu zu bildenden Ämtern kann die Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten in den ersten drei Jahren nach Inkrafttreten des 2. Verwaltungsstrukturreformgesetzes ehrenamtlich ausgeübt werden. Bis spätestens zum 1.4. 2010 ist die Hauptamtlichkeit verpflichtend.			Laufendes Verfahren Landtag
	<b>b) nicht einzeln bezifferbar geschätzte Summe</b>			
22	Verwaltungsgebühren IB für die Aufgabenwahrnehmung in der Städtebauförderung			Umgesetzt
23	Agrarstatistiken	0,2	0,2	Teilweise umgesetzt, zur Zeit keine Bundesratsinitiative
24	Verweigerung der Zulassung von Fahrzeugen bei Gebührenrückständen			Laufendes Verfahren Landtag
25	Jugendhilfestatistik			Laufendes Verfahren

26	GO/AO/GkZ Abbau der Mindestanforderungen an den Vorbericht (§3 GmHVO), Anlagen etc. der Haushaltspläne bei kleineren Gemeinden mit überschaubaren Haushalten			Umgesetzt
27	Aufhebung der Verpflichtung zur jährlichen Einwohnerversammlung			Laufendes Verfahren Landtag
28	Erleichterung des Verfahrens durch verbesserten Zugang zu den Vollstreckungsdaten			Laufendes Verfahren Landtag
29	Verfahrenserleichterung bei der eidesstattlichen Versicherung durch Vollstreckungsbehörde			Laufendes Verfahren Landtag
30	Kostenerstattung für länderübergreifende Vollstreckungshilfe			Laufendes Verfahren Landtag
31	Einführung der Dauerpfändung im Vollstreckungsrecht			Gesetzesänderung geplant
32	Verlagerung der Arrestanordnungsbefugnis auf die Vollstreckungsbehörde,			Gesetzesänderung geplant
33	Ausreichende Kostendeckung im Passwesen durch Gebühren			Bundesratsinitiative prüfen
34	Verringerung der landesrechtlichen Regelungsdichte im Vergaberecht			Laufendes Verfahren Kabinett
35	Standards im Landesarchivgesetz			Nochmalige Überprüfung
36	Reduzierung des Verwaltungsaufwands bei Schulkostenbeiträgen			Laufendes Verfahren Landtag
37	Abschluss von Kooperationsverträgen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung zw. Land (IB), Kommune, Wohnungsunternehmen; Erwirtschaften			Umgesetzt

	wohnungswirtschaftlicher finanzieller Spielräume durch Bindungsübertragung; Einsatz des finanziellen Spielraums für kommunale soziale Infrastruktur- und Integrationsmaßnahmen			
38	Novellierung Landesbauordnung, sowie Genehmigungsverfahren Teilweiser Verzicht auf die Abstimmung von B-Plänen (betr. Bekanntgabe der Ziele d. RO für BPläne zum WoBau, Übernahme der bislang nur für Zentrale Orte geltenden Regelung) mit allen Gemeinden			Umgesetzt (Verzicht auf Bekanntgabe der Ziele der RO für B-Pläne)
39	Änderung Landesbodenschutz- und Altlastengesetz	0,2	0,2	In Umsetzung
40	Novellierung Landesabfallwirtschaftsgesetz	0,2	0,2	In Umsetzung
41	Novellierung UVG			Bundesratsinitiative in Vorbereitung
42	Fachplanungen: Themenbündelung der Planung z. b. im Bereich Soziales, demografiebezogenen Planungen			Prüfung durchgeführt
43	Anhebung der Einwohnergrenze für Kommunen von 10.000 Einwohnern auf 15.000 Einwohner hinsichtlich der Verpflichtung zur Bestellung einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten			Umgesetzt
44	Wegfall der Genehmigungspflicht von Kassenkrediten (§ 87 GO)			Umgesetzt
45	Genehmigungsfreistellung von Bürgschaften der Kommunen mit mittelfristig			Umgesetzt

	ausgeglichenem Haushalt (§ 86 GO)			
46	Wegfall der Verpflichtung, die Haushaltssatzung in den Ausschüssen zu beraten (§ 79 GO)			Umgesetzt
47	Wegfall der Genehmigungspflicht für Kredite im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung (§ 81 GO)			Laufendes Verfahren Landtag
	<b>2 Abfederungen</b>			
	<b>a) Abfederung durch Maßnahmen im KFA</b>			
48	Streichung Vorwegabzug ÖPNV	5	5	Laufendes Verfahren Kabinett
49	Streichung der Dynamisierung (Theater, Orchester, Büchereiwesen und Frauenhäuser)	1,4	2,8	Laufendes Verfahren Kabinett
50	Vorziehen FAG-Teilabrechnung 2006	35	15	Laufendes Verfahren Kabinett
51	Vorwegabzüge Gebietszusammenschlüsse	1	1	Laufendes Verfahren Kabinett
	<b>2 b) Abfederung durch sonstige Maßnahmen</b>			
52	Schleswig-Holstein-Fonds Für den kommunalen Schul- sowie Wege- und Straßenbau werden 20 Mio. Euro im Schleswig-Holstein-Fonds umgewidmet. Diese Summe wird als Kompensation für die Kommunen angerechnet.	20	20	Umgesetzt
53	Vermeidung des Rückzuges des Bundes aus der Finanzierung des Kata-Schutzes			IM: Einsatz beim Bund
54	Lastenausgleich / Übergang der Aufgabe „Rückforderung“ auf den Bund			MSGF: Einsatz beim Bund

	<b>3. Entlastungen durch Verwaltungsreformen, Aufgabenübertragungen, Aufgabenkritik und Bürokratieabbau</b>	<b>Mittelfristig</b>	<b>Verfahren</b>
55	Verwaltungsstrukturreform auf Ebene der Ämter	10	Umgesetzt (Erstes Verwaltungsstrukturreformgesetz)
56	Wasserrecht	10	
57	Bildung Kommunaler Verwaltungsregionen (jetzt: Funktional- und Kreisgebietsreform)		Laufendes Verfahren Landtag (Zweites Verwaltungsstrukturreformgesetz)  Gesetz zur Kreisstrukturreform, Funktionalreform und zur Abschaffung der Direktwahl geplant
58	Bürokratieabbau und Aufgabenkritik z.B: - Novellierung Landesbeamten gesetz: Wegfall von Jubiläumszuwendungen - Novellierung Landesjagdgesetz: Wegfall Vorverfahren bei Wildschadensangelegenheiten - Novellierung Gleichstellungsgesetz: Wegfall Berichterstattung	5	Laufendes Verfahren Landtag (Erstes Verwaltungsmobilisierungsge setz) und weiter in Umsetzung befindliche Maßnahmen
59	Schulstrukturen	Ab 2009 5 Mio. €	Laufendes Verfahren Landtag
	<b>4. Restgröße Entnahme KIF</b>		
60	Für den notwendigen Ausgleich werden Mittel aus	2007: 20 2008: 20	Klärung Arbeitsauftrag an die

	dem Kommunalen Investitionsfonds bereitgestellt.	2009: 18 2010: 9	zuständigen Ressorts bis zur Nachschiebeliste den Zusammenhang von Schulbaufinanzierung, Schulgesetz, KIF und Schlüsselzuweisungen (Vorwegabzüge) klären Dieser Ausgleich ist degressiv gestaltet. Größenordnung wird bis zur Nachschiebeliste noch einmal überprüft
--	--	---------------------	--

Den Entlastungen steht folgende neue Belastung entgegen: Die Kommunen sollen an den Schulkosten des Landes für dänische Privatschulen in höherem Maße beteiligt werden, in dem der entsprechende Satz von gegenwärtig 25 % zum 1.8.2007 auf 75 % und ab 1.8.2009 auf 100% angehoben wird. Das bedeutet Mehrbelastungen in 2007 von 940.000 €, in 2008 von 2,2 Mio. €, in 2009 von 2,7 Mio. € und ab 2010 von 3,35 Mio. €.